Bezugsgebühr
vierteljährlich Mk. 2,50, durch die Post Mk. 2,75.
Die Annahme von Ankündigungen für die nächste Nummer erfolgt in der Hauptgeschäftsstelle, Marienstr. 38, u. in den Nebenannahmestellen v. Vorm. 8 bis 3 Uhr Nachm. Sonntags nur Marienstr. 38 v. 11–½1 Uhr Mittags.
Anzeigentarif.
Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 15 Pf., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pf.; Doppelzeile „unterm Strich“ (Eingesandt) 40 Pf. Grundzeile für Montage oder nach Festtagen 20 Pfg. (für Familiennachrichten 25), bez. 30 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Belegblätter werd. m. 10 Pf. berechnet.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechanschluß:
Amt I Nr. 11 u. Nr. 2096.
Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

43. Jahrgang.

Telegr.-Adresse: Nachrichten, Dresden

Lobeck & Co.
Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf **Dresden, Altmarkt 2.**

Simon's
Annen-Hof
Dresden
(im Centrum der Stadt)
Vorzügliches
Mittelstands-Hôtel
für Geschäfts- und Vergnügungs-Reisende, Familien und Touristen.
Mässige Preise.
Gutes Restaurant
Nur echte Biere.

Atelier für feine
Corsets
nach Maass.
Grosses Lager von Paris und Brüssel.
Heinrich Plaul
Hoflieferant
Wallstr. 25

Special-Anstalt für Zutheilung wissenschaftlich richtiger
Augengläser.
A. Rodenstock, Optiker, Schlossstr. 20.
NB. Untersuchung der Augen zwecks Bestimmung der Gläserschärfen kostenlos. Brillen u. Klemmer von 3 M. an.

WEIN-Handlung
WEIN-Stuben
Portikus a. d. Markthalle
Max: Kunath
Wallstr. 8

Neueste Modelle in Damenhüten. Putz- u. Modewaarenhaus **Barthel,** Waisenhausstr. 30.
Eigene Stroh- und Filzhutfabrik. ◦ **Gegründet 1869.** ◦ Fernsprecher 3390.

Nr. 74. Spiegel: Spanien und Amerika. Hofnachrichten, Landtagsverhandlungen, Hauptbahnhof, Gesammtrathssitzung, Bogenschützengilde. „Vergißmeinnicht“, Sammermusikabend, Königl. Konservatorium. | Muthmaßl. Witterung: Wenig Aenderung. | **Mittwoch, 16. März 1898.**

Politisches.

Ein unangenehm auffallendes Zeichen der Zeit ist die beispiellose Frivolität, mit der gegenwärtig die angelsächsische Rasse mit den höchsten Gütern der Menschheit ein von widerwärtigem Krämergeiste diktirtes Spiel treibt. In keiner Periode der neuesten Geschichte hat der „Jingoismus“, die gewissenlose Kriegstreiberei eine so schrankenlose Herrschaft auszuweisen gehabt, wie es augenblicklich in London und in Washington gleichmäßig der Fall ist. Wenn aber schon die englischen ministeriellen Hetzreden, in denen die leitenden Männer des Inselreiches, anscheinend ohne jedes Gefühl für ihre ungeheure Verantwortlichkeit, kaltlächelnd der ganzen Welt den Fehdehandschuh vor die Füße werfen, ein wahrer Skandal sind, so reicht das von dieser Seite gegebene Aergerniß doch noch lange nicht an den kaltblütigen Hohn heran, mit dem die Amerikaner, die hartgesottenen „Yankees“ in der cubanischen Frage alles internationale Recht mit Füßen treten. Die Art, in der die Herren der transatlantischen Dollarrepublik Spanien gegenüber aufzutreten wagen, zeugt von einer so grenzenlosen Perfidie und berührt gleichzeitig in ihrer weiteren Wirkung so offensichtlich das allgemeine europäische Interesse, daß man es den Spaniern nicht verdenken kann, wenn sie in ihrer verzweifelten Lage nach dem Hirngespinst einer europäischen Koalition haschen. Es bedarf kaum der ausdrücklichen Feststellung, daß alle über eine solche Eventualität ausgestreuten Nachrichten auf blanker Erfindung beruhen, bei der lediglich der spanische Wunsch der Vater des Gedankens ist. Selbst wenn die Nothwendigkeit eines europäischen Zusammenschlusses gegen Amerika von der Logik der Thatsachen noch klarer gemacht würde, als es durch die jüngsten wirthschaftlichen Uebergriffe der Union und durch den Konflikt mit Spanien geschehen ist, so wäre doch die Zeit noch nicht reif für die praktische Durchführung einer europäischen Gesammtpolitik gegenüber dem anmaßenden Yankeethum, das sich noch in den politischen Flegeljahren befindet und in seiner allamerikanischen Yankee-Doodle-Stimmung sich dem „alten verrotteten Europa“ gegenüber so lange Alles erlauben zu können glaubt, bis dieses sich im gegebenen Augenblick doch endlich einmal aufraffen und den Lärmmachern drüben auf die Finger klopfen wird. Die Zwischenzeit bis dahin dürfte freilich zu lang ausfallen, als daß Spanien sich mit heiler Haut hindurchretten könnte.

Es steht unzweifelhaft schlimm mit der gesammten staatlichen Existenz des Landes. Die Wurzel des Uebels liegt in der vollständigen Zerrüttung der Finanzen, die erst in den letzten Tagen durch den jähen panikartigen Rückgang der spanischen Fonds, durch einen regelrechten Börsenkrach in Madrid und Barcelona zum allgemein sichtbaren Ausdruck gekommen ist. Der cubanische Aufstand hat vom März 1895 bis Ende 1897 weit über 1 Milliarde Mk. verschlungen, die spanische Industrie auf das Schwerste geschädigt, den Handel lahm gelegt und an Menschenopfern 100,000 Mann gefordert. Der ausländische Kredit Spaniens ist gänzlich erschöpft und die Regierung lebt nur noch von den Brosamen, die vom Tische der Nationalbank fallen. Die Folge davon ist eine fortwährende Steigerung des ungedeckten Notenumlaufs und eine damit Hand in Hand gehende Verschlechterung der Valuta. Die Beamten, die Lehrer nagen am Hungertuche, die siechen cubanischen Krieger fallen der Privatwohlthätigkeit anheim. Dabei sind Karlisten, Republikaner und Anarchisten an der Arbeit, um die verrotteten Zustände für ihre Zwecke auszubeuten. Das ist die augenblickliche Lage, in der sich Spanien den amerikanischen Uebergriffen ausgesetzt sieht. Kein Wunder also, daß im Volke und in der Presse vielfach die Meinung vertreten wird, es sei immer noch besser für das Land, Alles auf eine Karte zu setzen und in einem ehrenvollen Kriege mit Amerika ruhmreich unterzugehen als langsam, aber sicher im tiefsten Elend zu verkommen.

Daß die Spanier sich mit einer eventuellen Kriegserklärung gegen die Vereinigten Staaten formell und materiell im Recht befinden würden, wird ihnen schwerlich zu bestreiten sein. Die amerikanischen Herausforderungen und Uebergriffe seit Beginn des cubanischen Aufstands sind Legion. Nicht nur, daß in dem offiziellen Verkehr von Washington aus öfters ein ungehöriger drohender Ton angeschlagen wurde, sind auch unter den Augen der amerikanischen Regierung, den heuchlerischen offiziellen Neutralitätsversicherungen zum Trotz, unaufhörlich freibeuterische Expeditionen auf amerikanischem Boden angeworben, ausgerüstet und eingeschifft worden, mit dem ausgesprochenen Zweck der Unterstützung der cubanischen Aufständischen. Einzig und allein durch diesen amerikanischen Zuzug wird der Revolution auf Cuba immer neue Nahrung zugeführt. Die erste Voraussetzung der endgiltigen Unterdrückung des Aufstands durch die Spanier wäre daher die rücksichtslose Blockirung der Insel und die unnachsichtliche Abschneidung der amerikanischen revolutionären Zufuhr. Zu einer solchen energischen Maßregel hat sich aber die spanische Regierung bisher nicht aufzuschwingen vermocht aus Furcht, daß dann der Ausbruch des Krieges auf dem Fuße folgen werde.

Auch in dem jetzigen überaus kritischen Stadium der Sache beobachtet das Ministerium Sagasta die größte Zurückhaltung. Vom politischen Standpunkte betrachtet, ist die Haltung der Regierung unbedingt zu billigen. Die zur Zeit an der Spitze der Geschäfte befindlichen Männer sind sich der gänzlichen Unzulänglichkeit aller Hilfskräfte des Landes nur zu wohl bewußt und verdienen daher durchaus Anerkennung, wenn sie bei der Führung ihres unter den obwaltenden Umständen wahrhaft traurigen Amtes die Besonnenheit wahren und der naheliegenden Versuchung widerstehen, durch chauvinistische Reizmittel die öffentliche Aufmerksamkeit zu lenken und die inneren und äußeren Gefahren durch eine Bramarbaspolitik zu verschleiern. Die spanische Regierung täuscht sich weder darüber, daß ein Krieg mit den Vereinigten Staaten nicht anders als unglücklich für Spanien verlaufen kann, noch darüber, daß auch ein weiterer Fortbestand der jetzigen Verhältnisse in absehbarer Zeit zu der Preisgebung Cubas führen muß, so daß am Ende Spanien froh sein darf, wenn es überhaupt noch von den Vereinigten Staaten eine Entschädigung für die „Abtretung“ der Insel bewilligt erhält. Im Lande selbst freilich werden die staatsmännischen Erwägungen, die für die Haltung der spanischen Regierung bestimmend sind und die aus einer bitteren realpolitischen Erkenntniß entspringen, nur wenig verstanden und gewürdigt. Die öffentliche Meinung, insbesondere soweit sie von der Militärpartei beherrscht wird, sieht in dem Bemühen der Regierung zur Abwendung eines bewaffneten Konflikts eine tadelnswerthe unpatriotische Schwäche. So vermag das Kabinet nach keiner Richtung einen festen Stützpunkt im Lande zu finden, der um so nöthiger wäre, als gerade jetzt die Sammlung der ganzen noch übrigen Lebenskraft der Nation das einzige Mittel ist, den allgemeinen Verfall aufhalten könnte. Je mehr aber die innere Spaltung des Landes fortschreitet, desto unvermeidlicher hebt sich aus dem Rahmen der politischen Zukunft Spaniens die Alternative ab, daß entweder die Regierung, sei es die jetzige, sei es eine andere, eine entscheidende That gegenüber den Vereinigten Staaten wagen muß, die dann wenigstens auf kurze Zeit durch die Entfachung der patriotischen Begeisterung und Opferfreudigkeit die inneren Zustände wieder beseitigen würde, oder daß die bestehende Dynastie von einem neuen Regiment republikanischer, karlistischer oder militärischer Natur abgelöst wird.

Gerade in diesem Jahre steht das unglückliche, durch den Klerikalismus ruinirte Spanien in dem Zeichen der beklemmenden Erinnerung an die revolutionäre Umwälzung, der das Land vor 25 Jahren unterlag, die in raschem Wechsel Abdankung des Königs, Aufrichtung der bundesstaatlichen Republik, Anarchie und Militärdiktatur herbeiführte. Das waren tolle und wilde Zeiten damals, die den Boden Spaniens mit frevelntlich vergossenem Menschenblute düngten, bis endlich die Wiederherstellung der Monarchie dem wüsten Treiben ein Ende machte und längere Jahre der Ruhe und Erholung in's Land gingen. Heute aber steigen die finsteren Schatten der Vergangenheit wieder dräuend empor und ein neues schweres Schicksal brütet unheilsinnend über der nächsten Zukunft der spanischen Nation. Nach menschlichem Ermessen ist es unabwendbar, so oder so. Schade, daß eine Nation, in der bei aller Verkehrtheit und Verkommenheit doch immer noch ein gutes Theil von nationalem Idealismus steckt, den äußeren Anstoß zum Untergange gerade von den Vertretern eines Systems erhalten muß, das an Verächtlichkeit der leitenden Instinkte ohne Gleichen in der Welt dasteht.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 15. März.

* Budapest. Nach der heutigen Märzfeier zogen die sozialistischen Arbeiter vor den Klub der Unabhängigkeitspartei, wo es zu lärmenden Auftritten kam. Die Polizei zerstreute die Menge und nahm 19 Verhaftungen vor. Später rottete sich die Menge wieder zusammen, durchzog die Straßen und schlug Schaufenster ein, wurde aber von der Polizei abermals auseinander getrieben, wobei weitere 30 Verhaftungen erfolgten.

* New-York. (Reuter-Meldung.) Die Kommission für den Ankauf von Hilfskreuzern besichtigte Dampfer in Saint Louis und New-York. Der Kommission wurden 63 Schiffe zum Kauf angeboten. — In die Meerenge bei Sandy Hook werden Minen gelegt. — Nach einer Blättermeldung aus Washington wird der Kongreß bis Montag, spätestens Dienstag nächster Woche auf den Bericht der Untersuchungs-Kommission betreffs des Kreuzers „Maine“ warten. Trifft der Bericht nicht ein, so soll die Unabhängigkeits-Erklärung Kubas erfolgen.

* Washington. (Reuter-Meldung.) Das Marine-Departement beschloß, die Inselgruppe von Tortugas, südöstlich der Halbinsel Florida, schleunigst zu befestigen. Diese Inseln sollen als Basis für die Operationen zur See im Kriegsfall dienen.

Berlin. Reichstag. Auf der Tagesordnung steht die 2. Lesung der Militärstrafgerichtsordnung. — § 1 und die folgenden handeln von dem Umfang der Militärgerichtsbarkeit. Ein Antrag Auer zu § 1 will die Militärgerichtsbarkeit überhaupt nur bei Zuwiderhandlungen gegen die Militärstrafgesetze eintreten lassen. Ein Antrag Munckel-Beckh will die zur Disposition gestellten Offiziere, Sanitätsoffiziere u. s. w. der Militärgerichtsbarkeit entziehen, insofern dieselben nicht im aktiven Heer oder Marine vorübergehend wieder Verwendung finden. — Kriegsminister v. Goßler: Die Grundlagen der preußischen Armee und demgemäß auch der Militärgerichtsbarkeit seien bisher stets Einfachheit und Klarheit gewesen. Das bestehende Militärgerichtsverfahren habe sich in allen schwierigen Lagen bewährt. Wunderbar sei es, wie sich in Bayern eine Militärgerichtsordnung habe bilden können, die in direktem Gegensatz stehe zu dem, was in Norddeutschland Rechtens war, während doch sonst die militärischen Einrichtungen miteinander in Einklang gebracht wurden. Auf das gegenseitige Verhältniß im Heere und auf die Kameradschaftlichkeit habe diese Verschiedenheit jedoch keinen Einfluß gehabt. Daß ein einheitliches Verfahren wünschenswerth sei, darüber seien alle Kriegsminister einig gewesen. In den vorgelegten Entwurf sei demnach aus Bayern herübergenommen, was sich nach dortiger Auffassung bewährt habe; ebenso sei aus dem bürgerlichen Gerichtsverfahren auch Manches aufgenommen worden. In dieser Beziehung, glaube er allerdings, sei etwas mehr gethan worden als nöthig war. Die vorliegenden Kommissionsbeschlüsse geben theilweise zu einigen Bedenken Anlaß bezüglich der Art des mündlichen Verfahrens, sowie bezüglich des Umfangs der Oeffentlichkeit. Er bitte dringend, in den betreffenden Punkten gemäß dem Antrage v. Puttkamer die Regierungsvorlage wieder herzustellen. Geschehe das nicht, so würde er nicht die Garantie übernehmen können oder wollen, daß der Bundesrath den Beschlüssen zustimmt. — Abg. Haase (Soz.) begründet den sozialdemokratischen Antrag. Seine Partei stehe auf dem Boden der Kabinetsordre von 1880, welche nur militärische Vergehen der Militärstrafgerichtsbarkeit unterstellen wolle. — Kriegsminister v. Goßler: Mit der Kabinetsordre von 1880 habe es allerdings seine Richtigkeit, aber Se. Majestät habe sich nachträglich davon überzeugt, daß jener Weg doch ungangbar sei. — Abg. Beckh (freis. Volksp.) empfiehlt den Antrag Munckel-Beckh. Die von diesem angestrebte Reform sei von dem 1880er Juristentage mit seltener Einmüthigkeit gewilligt worden. Er könne nicht glauben, daß die Regierung daran das Gesetz scheitern lassen wolle, denn weshalb sollten die zur Disposition gestellten Offiziere anders behandelt werden als die Offiziere des Beurlaubtenstandes. — Generalleutnant Viebahn bittet um Ablehnung der Anträge zu § 1. — Abg. Bassermann (nl.) erklärt sich Namens der Nationalliberalen für § 1 in der Fassung der Kommission, betont aber gegenüber den Ausführungen des Kriegsministers, daß seine Freunde die Reformbedürftigkeit des Militärstrafverfahrens anerkennen und daß das jetzige Verfahren ein gewisses Mißtrauen in der Bevölkerung hervorrufe. — Abg. Gröber (Centr.) tritt ebenfalls für die unveränderte Aufrechterhaltung der Kommissionsbeschlüsse ein. Jedenfalls enthalte der Entwurf, wie er jetzt vorliege, ungeheure Fortschritte, nicht nur gegenüber dem preußischen und württembergischen Verfahren, sondern sogar auch in verschiedenen Punkten gegenüber dem bayerischen. (Widerspruch.) Jawohl, er frage die Herren Bayern im Hause, wo sei in dem bayerischen Verfahren das volle Beweisrecht, wo die Möglichkeit, dem Angeklagten auf seine Kosten Zeugen und Sachverständige herbeizuholen und wo die Berufung? Es wäre geradezu unverantwortlich, wollten wir diesen ungeheuren Fortschritt im gegenwärtigen Augenblick an einem Plus von Forderungen scheitern lassen. Es sei keine Aussicht, daß die Regierung einwillige, die Militärgerichtsbarkeit nur auf militärische Delikte zu erstrecken, während es andernfalls ganz unzweifelhaft sei, daß wir jetzt eine wesentlich verbesserte Rechtspflege erreichen könnten. — Abg. v. Staudy (kons.) widerspricht Namens der Konservativen den beiden vorliegenden Anträgen. Seine Freunde seien überhaupt im Zweifel, ob die Regierung in ihren Konzessionen so weit hätte gehen müssen, als sie es gethan habe. Sie könnten deshalb auch noch nicht sagen, ob sie das Gesetz annehmen würden, sie wollten erst abwarten, wie sich dasselbe endgiltig gestalte. — Die Anträge Auer und Munckel-Beckh werden abgelehnt und § 1 unverändert genehmigt. § 2 unterstellt unter Nr. 2 auch die Offiziere des Beurlaubtenstandes bei Duellvergehen der militärischen Gerichtsbarkeit. — Abg. Munckel (freis. Volksp.) beantragt Streichung dieser Bestimmung. — Generalleutnant Viebahn bittet um Aufrechterhaltung derselben. Der bekannte kaiserliche Erlaß habe schon jetzt das Duellwesen im Heere vermindert, um so richtiger sei es, die Duellvergehen der Militärgerichtsbarkeit unterstellen zu lassen. — Abg. Gröber (Centr.) weist eine persönliche Anzapfung Munckel's zurück. Derselbe verstehe es, Einem die Worte im Munde umzudrehen. Von wem sind denn die Hauptverbesserungen in der Kommission beantragt worden? Von uns. Herr Munckel hat gar nicht den Muth dazu gehabt, er hat auch sehr oft gefehlt. Herr Lenzmann hat uns sogar in den Rücken gestoßen. Die Vorlage in der jetzigen Fassung ist auch nicht mein Ideal, aber sie ist doch ein gutes Werk, das wir nicht scheitern lassen wollen. — Abg. Munckel (freis. Volksp.) giebt zu, daß Gröber in der Kommission das fleißigste Mitglied gewesen sei und auch 20 Mal so oft gesprochen habe als er. (Heiterkeit.) Aber weshalb soll mein Antrag deswegen für Herrn Gröber unannehmbar sein? Ich habe nicht gehört, daß Generalleutnant Viebahn gesagt hätte, mein Vorschlag mache die Vorlage unannehmbar, auch ist Excellenz Viebahn zu mir nicht grob geworden. (Große Heiterkeit.) — Generalleutnant Viebahn erklärt, daß die Regierung den allergrößten und entschiedensten Werth auf die Ablehnung des Antrags lege. — Abg. Spahn (Centr.) erklärt, seine Freunde träten für Beibehaltung der Nummer 2 des § 2 ein. In der Kommission sei ihnen dargethan worden, daß die Bestimmungen des Strafgesetzbuchs nicht genügten, um das Duellwesen einzuschränken und daß man sich von der Unterstellung der Duellvergehen unter die Militärgerichte in Verbindung mit der Kabinetsordre mehr Erfolg versprechen würde. — Ueber den Antrag Munckel wird namentlich abgestimmt. Es stimmen 109 Abgeordnete gegen, 78 für den Antrag; das Haus ist also beschlußunfähig. Für den Antrag waren Sozialdemokraten, beide freisinnige Parteien, die Bauernbündler und 16 vom Centrum. — Weiterberathung morgen.

Berlin. Die Budgetkommission des Reichstags berieth heute mehrere kleine Etats. Zum Etat des Bankwesens beantragte Abg. v. Kardorff folgende Resolution: „Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, vor Ablauf des Reichsbankprivilegiums eine Abänderung des Statuts der Reichsbank in Erwägung zu ziehen und diese einerseits kapitalkräftiger zu gestalten, andererseits in den Stand zu setzen, für die Kreditbedürfnisse niedrige Diskontsätze festzuhalten.“ Die Beschlußfassung über diese Resolution wurde vorläufig ausgesetzt, da Staatssekretär Graf Posadowsky und der Reichsbankpräsident nicht anwesend waren. Morgen soll in der Kommission zunächst die Deckungsfrage erledigt und damit in die zweite Berathung des Flottengesetzes eingetreten werden. Bezüglich der Aussicht der Flottenvorlage wird jetzt berichtet, daß ein großer Theil der Mitglieder der Centrumsfraktion, auch nichtbayerische, gegen die Anträge des Abg. Dr. Lieber stimmen. Diese Gruppe vertrete den Standpunkt einer Bildung des Etatsrechts weder durch Septenat noch durch Sextenat und auch nicht durch Aeternat, sondern durch eine alljährlich etatmäßige Bewilligung, ferner gesetzliche Regelung der Deckungsfrage durch Besteuerung der höheren Einkommen. — Nach dem „Finsterwalder Wochenblatte“ hatte der dort wohnende Arzt Dr. Mennicke dem Reichstagsabg. Dr. Heim (Centr.), welcher ihn beschuldigt hatte, durch hohe Honorarforderungen eine Menge arme Leute von Haus und Hof getrieben zu haben, eine Forderung auf Pistolen mit 15 Schritt Distanz und dreimaligem Kugelwechsel zugehen lassen. Als Dr. Heim auf eine wiederholte Forderung Ausflüchte machte, habe ihm Dr. Mennicke in einem Restaurant in der Friedrichstraße mit den Worten: „Jetzt habe ich meine Satisfaktion“ eine schallende Ohrfeige verabreicht. Nach der „Köln. Volksztg.“ hätte Heim keine Ohrfeige erhalten.

Berlin. Die Kommission zur Berathung der Flottenvorlage wird morgen ihre Arbeiten wieder aufnehmen und hofft, am Donnerstag die 2. Lesung und zwar auch über die Deckungsfrage zu beenden. Die abschließende Plenarberathung soll so bald wie möglich stattfinden, so daß die Hoffnung auf Erledigung der Vorlage noch vor den Osterferien nicht unberechtigt erscheint.

Berlin. Wie offiziös mitgetheilt wird, hat der Prinzregent von Bayern an den Kaiser die Einladung gerichtet, der Enthüllung der Büste weiland Kaiser Wilhelm's I. in der Walhalla bei Regensburg am 22. März beizuwohnen. Der Kaiser ist jedoch nicht in der Lage gewesen, die Einladung anzunehmen, da Dispositionen bereits getroffen waren, nach denen hier die Enthüllung der Denkmäler an der Siegesallee in Gegenwart des Kaisers am 22. März stattfinden wird. Mit der Vertretung des Kaisers bei der Feier in Regensburg ist Prinz Friedrich Heinrich betraut worden.

Berlin. Auf die telegraphische Mittheilung des Bürgermeisters Mönckeberg, der als Vertreter der Stadt Hamburg mit der Taufe des neuen Kreuzers „Hansa“ beauftragt war, von dem glücklich vollzogenen Taufakt hat der Kaiser mit folgendem Tele-

Friedrich & Glöckner
Str. 15, Schäferstr. 12, Bautznerstr. 27b, Pieschen und Löbtau.
[illegible] Oelfarben, Lacke, Firnisse, Fussboden-Schnelltrocken-Farben, Zwinger-